



Zl. 811 - 2003

## V e r o r d n u n g

der Gemeinde Perwang am Grabensee mit der eine Kanalordnung für das gemeindeeigene öffentliche Kanalnetz erlassen wird.

Aufgrund des § 11 Abs. 2 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001, LGBl.Nr.27/2001, wird vom Gemeinderat der Gemeinde Perwang am Grabensee mit Beschluss vom 06.02.2003 (inkl. Änderungen bis 11.12.2014) unter Tagesordnungspunkt 8 verordnet:

### § 1

#### Anwendungsbereich

Diese Verordnung findet auf die im Gemeindegebiet befindlichen Anschlüsse an das von der Gemeinde Perwang am Grabensee betriebene öffentliche Kanalnetz (im Folgenden Kanalisation genannt) Anwendung.

### § 2

#### Einleitungsbedingungen

- (1) Der Bescheid über die wasserrechtliche Bewilligung der Ortskanalisation - **Wa-104705/4-2002-Wab/Gin** vom **31.01.2002** - ist einzuhalten.
- (2) Von den anschlusspflichtigen Objekten sind sämtliche häusliche Abwässer (Fäkal-, Wasch-, Bade- und Küchenabwässer) in die öffentliche Kanalisation einzuleiten. Niederschlagswässer sind auf eigenem Grund und Boden zur Versickerung zu bringen bzw. in den gemeindeeigenen Regenwasserkanal (wo vorhanden) einzuleiten. Ausnahmefälle sind mit der Gemeinde Perwang am Grabensee auszuhandeln.
- (3) Allgemeine Grundsätze der Behandlung von Abwasser und Abwasserinhalstoffen entsprechend der Allgemeinen Abwasseremissionsverordnung (BGBl. Nr. 186/1996) sind einzuhalten.  
In die öffentliche Kanalisation dürfen nur Abwässer eingeleitet werden, die
  - den Bauzustand und die Funktionsfähigkeit der Anlagen nicht stören,
  - das Personal bei der Wartung und Instandhaltung der Anlage nicht gefährden,
  - die Abwasserbehandlung und die Klärschlammverwertung nicht beeinträchtigen und
  - die Gewässer nicht nachteilig beeinflussen.
- (4) Der Einsatz von Anlagen zur Zerkleinerung von Küchenabfällen und deren Einbringung in die Kanalisation ist verboten.
- (5) Die Abwässer sind in möglichst frischem Zustand, ohne Zwischenschaltung von Senkgruben oder Hauskläranlagen, in die öffentliche Kanalisation einzuleiten.
- (6) Bei Oberflächenwassereinleitungen ist zu gewährleisten, dass von den einzelnen Grundstücken nur solche Mengen an Niederschlagswasser in die öffentliche Regenwasserkanalisation gelangen, dass das der Bemessung dieser Kanäle zu Grunde liegende Regenereignis, reduziert auf die für die einzelnen Einzugsflächen angesetzten Abflussbeiwert, nicht überschritten wird.

Zusätzlich anfallende und in die Kanalisation abgeleitete Oberflächenwässer sind am Grundstück zu retendieren. Die Fertigstellung der einzelnen dezentralen Retentionsmaßnahmen sind der Gemeinde Perwang a.G. schriftlich anzuzeigen und es sind dieser Anzeige entsprechende Nachweise beizulegen, mit welchem vom befugten Bauführer (gem. § 20 Abs. 3 Oö. Abwasserentsorgungsgesetz) die Einhaltung der erforderlichen Maßnahmen (Art der Vorreinigung, Art und Menge der Drosselung, vorhandenes Retentionsvolumen etc.) bestätigt wird. Für die Instandhaltung und Wartung dieser Anlagen ist zu sorgen, sodass der erforderliche Retentionsraum jederzeit zur Verfügung steht.

- (7) Bei Oberflächenwassereinleitungen ist weiters zu beachten, dass keine wassergefährdende und/oder Organismen schädigende Stoffe über die Regenwasserkanäle in Gewässer abgeleitet werden dürfen und deshalb erforderlichenfalls diesbezügliche geeignete Maßnahmen (z.B. Vorreinigung der Niederschlagswässer von Verkehrsflächen über Rasensickermulden) zu treffen sind.

### § 3

#### Vorschriften für die Anschlussleitungen

- (1) Die Errichtung des Hausanschlusskanals hat unter Einhaltung und Beachtung der zum gegebenen Zeitpunkt gültigen Normen (z.B.: ÖNORM B 2501 "Entwässerungsanlage für Gebäude und Grundstücke", EN 752 1-7 "Entwässerungssystem außerhalb von Gebäuden", EN 1610 "Verlegung und Prüfung von Abwasserleitungen und -kanälen") zu erfolgen.
- (2) Die Einbindung des Hausanschlusskanals in die öffentliche Kanalisation hat primär über ein Schachtbauwerk im Hauptkanal zu erfolgen, um die Zugänglichkeit für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten zu gewährleisten. Sollte die Einbindung in den Hauptkanal über einen Abzweiger erfolgen, so ist jedenfalls ein zugängiger Hausanschlusschacht im unmittelbaren Bereich der Grundstücksgrenze erforderlich. Die Einbindung hat in Fließrichtung und in Höhe des Wasserspiegels bei Trockenwetter zu erfolgen.
- (3) Eigentümer von zu entwässernden Objekten haben sich selbst gegen einen Abwasserrückstau aus dem öffentlichen Kanalnetz (z. B. durch die Errichtung von Rückstauverschlüssen) zu schützen.
- (4) Eine ausreichende Entlüftung der Abwasserleitungen im Objekt ist über Dach sicher zu stellen.
- (5) Die Reinwasserentwässerung der Grundstücke hat unter Berücksichtigung der Ausführung der öffentlichen Kanalisation zu erfolgen:  
Trennsystem:  
Drainagewässer, Brunnenüberwässer, sonstige Reinwässer und Niederschlagswässer dürfen nicht in den Schmutzwasserkanal eingeleitet werden.  
Nicht oder nur gering verunreinigtes Niederschlagswasser ist soweit wie möglich dem natürlichen ober- und unterirdischen Abflussgeschehen zu überlassen.
- (6) Der Eigentümer der Hauskanalanlage hat die Fertigstellung - unter Nachweis der Dichtheit (Dichtheitsattest) - der Baubehörde zu melden.  
Hinsichtlich der Herstellung der Hauskanalanlage ist das Einvernehmen mit den Organen der Gemeinde anzustreben.
- (7) Hauskanalanlagen dürfen erst nach Fertigstellung und Inbetriebnahme der kommunalen Abwasserreinigungsanlage (Kläranlage und Kanal) an die Kanalisation angeschlossen werden.
- (8) Zur Herstellung des Anschlusses an die öffentliche Kanalisation und zur Tragung der Kosten des Anschlusses ist der Eigentümer des Objektes verpflichtet.

### § 4

## **Reinigung und Instandhaltung der Hauskanalanlagen und Senkgruben**

Der Eigentümer einer Hauskanalanlage oder einer Senkgrube hat für die ordnungsgemäße Instandhaltung (Dichtheit), Wartung und regelmäßige Reinigung der Anlage zu sorgen.

### **§ 5**

#### **Auflassung bestehender Hauskanalanlagen und Senkgruben**

Mit dem Anschluss an die öffentliche Kanalisation sind bestehende Reinigungs- und Sammelanlagen durch einen dauerhaften Verschluss der Abwasserzuleitung außer Betrieb zu nehmen. Die Anlagen sind zu entleeren, zu reinigen und mit nicht faulfähigem Material aufzufüllen. Eine Weiterverwendung bestehender Anlagen (z.B. Regenwasserspeicher) hat den bautechnischen Anforderungen sowie den Anforderungen des Umweltschutzes und der Hygiene zu entsprechen und darf insbesondere keine Gefährdung für Mensch und Tier darstellen.

### **§ 6**

#### **Überwachung**

Den Organen der Gemeinde ist der Zutritt zur Hauskanalanlage jederzeit und ungehindert zu gewähren.

### **§ 7**

#### **Einleitungsverbote in die öffentliche Kanalisation**

Nicht eingeleitet werden dürfen:

- Chemikalien (Lösungsmittel, Säuren, Laugen, Medikamente, Gifte, Farben, Lacke, Schädlingsbekämpfungsmittel, etc.),
- Feststoffe (Textilien, Hygieneartikel, Verpackungsmaterial, Katzenstreu, zerkleinerte Küchenabfälle, etc.),
- Ölhältige Substanzen (Speisefette, Mineralöle, Schmierstoffe, etc.),
- Baureststoffe (Zementschlämme, Mörtel, Bauschutt, etc.),
- Radioaktive Stoffe;
- Landwirtschaftliche Abwässer und Abfälle aus der Tierhaltung (Gülle; Jauche)

### **§ 8**

#### **Strafbestimmungen**

Übertretungen von in dieser Verordnung ausgeführten Anordnungen nach dem Oö. Abwasserentsorgungsgesetz 2001 sind nach § 23 dieses Gesetzes von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu 4.000 Euro zu bestrafen, sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlungen bildet.



Der Bürgermeister:

(Josef Sulzberger)

Angeschlagen am: 07.02.2003  
Abgenommen am: 25.02.2003